

Ulrike Schäfer, Kommunikation

10. Mai 2022

Dornierstraße 3
71034 Böblingen

Telefon: 0 70 31/ 623-107
Telefax: 0 70 31/ 623-116
Mobil: 0176 / 45 88 17 00

ulrike.schaefer@busforum.de
www.wbo.de

Gemeinsame Studie zu emissionsfreien ÖPNV-Busverkehren in Baden-Württemberg: Pfad der konkreten Umsetzung wird klar

Bis 2040 soll der ÖPNV in Baden-Württemberg komplett klimaneutral sein. Das kann gelingen, bedarf aber erheblicher, auch finanzieller Anstrengungen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Verbands Baden-Württembergischer Omnibusunternehmen (WBO), die vom baden-württembergischen Ministerium für Verkehr (VM) gefördert wurde. Die Studie gibt konkret Aufschluss über die Machbarkeit und die möglichen Umsetzungspfade hin zu klimaneutralen Busverkehren im ÖPNV.

Das Ergebnis: Der Busverkehr im Land wird teurer; die Kosten werden jedoch nicht – wie befürchtet – explodieren. Dabei ist eine möglichst schnelle Umsetzung kontraproduktiv und wird die Beteiligten überfordern. Weder stehen die Stromnetze, noch grüner Wasserstoff und auch keine belastbaren regionalen Umsetzungskonzepte zur Verfügung. Erschwerend kommt hinzu, dass momentan die Reichweiten von batterieelektrischen Bussen im Winter (wenn zusätzlich im Bus auf Dieselheizungen verzichtet werden soll) noch nicht eine 1:1-Umsetzung gewährleisten. Weder die Flächen für neue Betriebshöfe, noch das Fahrpersonal stehen für eine sofortige, hundertprozentige Umsetzung zur Verfügung.

Deshalb plädiert der WBO dafür, den Transformationsprozess behutsam einzuleiten und die vollständige Umsetzung im Zieljahr 2040 zu verwirklichen. Der Transformationsprozess bleibt trotzdem herausfordernd: Anfang des nächsten Jahrzehnts werden (Stand jetzt) endgültig keine Fahrzeuge mit Diesel-Verbrennungsmotoren für den ÖPNV beschafft werden. Bis dahin müssen die infrastrukturellen und systemischen Voraussetzungen für den Wandel geschaffen worden sein. Die CVD-Quoten (siehe „Hintergrund“ unten Seite 2) gilt es mindestens einzuhalten, und dabei keine Schlupflöcher zuzulassen. Denn je früher mit der Umsetzung begonnen und entsprechend geplant wird, desto weniger herausfordernd wird die Situation zum Ende des Jahrzehnts.

Verkehrsminister Winfried Hermann MdL betont: „Die Studie des WBO hat uns ein großes Stück weitergebracht. Als Verkehrsministerium leiten wir aus der Studie das Ziel ab, dass bis 2030 rund 50 Prozent der Busse in Baden-Württemberg klimaneutral fahren können. Bis 2040 dann 100 Prozent.“ Minister Hermann ergänzt: „Um dies zu erreichen, müssen Bund und Land aber weiter mit der passenden Förderkulisse unterstützen.“ Der Bund fördert den Transformationsprozess mit 1,255 Milliarden Euro bis 2024, bislang ist wenig davon in Baden-Württemberg angekommen – generell stehen Länder und Kommunen ebenso in der Pflicht.

„Die gute Botschaft ist: Jetzt wissen die Verkehrsunternehmen in Baden-Württemberg, was wie schnell auf sie zukommt“, meint WBO-Geschäftsführer Dr. Witgar Weber. „Nichtsdestotrotz stehen die Omnibusunternehmen vor immensen Herausforderungen, die nur gemeinsam mit viel gutem Willen gemeistert werden können.“

Die CVD-Studie wird am 11. Mai beim ÖPNV-Kongress des WBO in Sindelfingen vorgestellt und auf der Homepage des WBO veröffentlicht: <https://www.wbo.de/veroeffentlichungen.html>

Ulrike Schäfer, Kommunikation

Dornierstraße 3
71034 Böblingen

Telefon: 0 70 31/ 623-107
Telefax: 0 70 31/ 623-116
Mobil: 0176 / 45 88 17 00

ulrike.schaefer@busforum.de
www.wbo.de

Hintergrund:

Die EU-Beschaffungsrichtlinie für saubere Fahrzeuge (CVD – „Clean Vehicles Directive“) gibt die Richtschnur vor: Der Abschied vom Dieselbus im ÖPNV ist vorgezeichnet. Seit 2. August 2021 sind die Mindest-Quoten der CVD national im „Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungsgesetz“ umgesetzt. Es enthält Regelungen für Vergabeverfahren der öffentlichen Hand und für Beschaffungsvorgänge von Fahrzeugen. Ziel der Richtlinie und der nationalen Umsetzung ist es, ÖPNV-Straßenverkehre dem Klimaschutz zu verpflichten und den CO₂-Ausstoß über einen verbindlichen Anteil „sauberer“ und „emissionsfreier“ Fahrzeuge bis 2030 zu senken. Das Land Baden-Württemberg strebt im Gegensatz zu anderen Bundesländern an, mehr als diese Mindestziele umzusetzen und wird diese Vorgaben in dem kommenden Landesmobilitätsgesetz fest verankern.